

Wolfgang Benz (Hrsg.)

**Ein Kampf um Deutungshoheit  
Politik, Opferinteressen und  
historische Forschung**

Die Auseinandersetzungen um die Gedenk-  
und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

Ⓜ | METROPOL

1 2013/03097

## Inhalt

WOLFGANG BENZ	
Probleme mit der Erinnerung und dem Gedenken	
Einleitung .....	7
ANDREW H. BEATTIE	
Ein neuer Historikerstreit?	
Kommunismus und Nationalsozialismus in der	
deutschen Erinnerungs- und Geschichtspolitik seit 1990 .....	16
PETER JOCHEN WINTERS	
Der Streit um die Leistikowstraße in Potsdam .....	37
CAROLA S. RUDNICK	
Erinnerungskultur und Geschichtspolitik:	
Zur Historisierung der DDR .....	64
ANDREAS HILGER	
Der Gulag in Deutschland .....	84
FRIEDRICH KLAUSCH	
Häftling im Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße	
Rede zur Eröffnung der Gedenk- und	
Begegnungsstätte Leistikowstraße .....	106
WALDEMAR HOEFFDING	
Als Gefangener in der russischen Zone Deutschlands .....	112
MARTIN JANDER	
Kultur der Aufrechnung: Erneuerte deutsche	
Opfermythologie und radikaler Antikommunismus	
Die Union der Opferverbände Kommunistischer	
Gewalterschaft (UOKG) .....	125

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK  
MARBURG

ISBN: 978-3-86331-110-0

© 2013 Metropol Verlag  
Ansbacher Straße 70  
10777 Berlin  
[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: SPPrint Consult, Berlin

ENRICO HEITZER

„Kalte Krieger“:

Zur Tätigkeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit  
in West-Berlin und der Bundesrepublik ..... 162

CAROLA S. RUDNICK

Wenn Häftlinge und Historiker streiten  
Konflikte um sächsische Gedenkstätten ..... 197

WINFRIED MEYER · ROLAND BRAUCKMANN

Geschichtspolitik und Ausstellungsdidaktik  
Ein Streitgespräch über die Dauerausstellung in der Gedenk-  
und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam ..... 219

BARBARA DISTEL

Zwischen Gleichgültigkeit und Voyeurismus  
Dachau und das Trauma von KZ-Überlebenden ..... 241

JULIANE WETZEL

Eine Trivialisierung des Holocaust?  
Der 23. August als europäischer Gedenktag an die Opfer von  
Stalinismus und Nationalsozialismus ..... 250

BRIGITTE MIHOK

Wenn sich Geschichte dem politischen Erinnerungsinteresse  
beugen muss  
Das „Haus des Terrors“ in Budapest ..... 264

EWA CZERWIAKOWSKI

Der Mythos und seine Inszenierung  
Das Museum des Warschauer Aufstands ..... 278

Die Autorinnen und Autoren ..... 291

WOLFGANG BENZ

## Probleme mit der Erinnerung und dem Gedenken

Einleitung

Aus der Erfahrung langjähriger Gedenkstättenarbeit für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung beschreibt Barbara Distel einen denkwürdigen Fall der Leidensgeschichte eines ehemaligen Häftlings, der schließlich zum Gefangenen seiner obsessiven Erinnerung wurde, die von Interessenten medial vereinnahmt und publizistisch ausgeschlachtet wurde. Die Geschichte des Martin Zaidenstadt, der im Dachauer KZ die Stimmen der Opfer in der Gaskammer gehört haben will und der dies geringen Zuhörern täglich erzählte, ist wegen ihrer Dramatik und der damit verbundenen Schulzuweisung an die Gedenkstätte und an die Historiker wirkungsvoller als die Wahrheit.

Die Gaskammer in Dachau hat zwar existiert, aber sie war nie in Betrieb, die Schreie, die der traumatisierte und verwirrte Zeitzeuge Zaidenstadt gehört hat, sind nie erklungen. Aber er hat mit seiner Geschichte verbreiteten Erwartungen entsprochen, wurde zum Helden eines Buches und eines Filmes, deren Autoren der Authentizität des Opfers mehr vertrauten als den Forschungsergebnissen von Historikern. Es ging ihnen nicht um die Wahrheit, die grauenvoll genug ist, es ging dem israelischen Filmteam und dem amerikanischen Buchautor um die Steigerung des Schreckens, um die Sensation der Geschichte, die sie als die höhere Wahrheit erkannt zu haben glaubten, sofern man ihnen nicht einfach den Zynismus von Voyeuren unterstellt, denen kein Unglück groß genug sein kann. Die Geschichte Martin Zaidenstadts ist Ausdruck der Erwartungen eines Publikums, das unbedingt und ausschließlich der Erinnerung der Zeitzeugen vertraut, diese damit für Deutungen ebenso

benutzt wie missbraucht. Mythen verkaufen sich besser als die historische Wahrheit.

Die Macht der Mythen zeigt Ewa Czerwiakowski am Beispiel des Museums des Warschauer Aufstands, das am 31. Juli 2004 in der polnischen Hauptstadt eröffnet wurde. Die patriotische Inszenierung in einem ehemaligen Elektrizitätswerk der Warschauer Straßenbahn dient dem Mythos des heroischen Widerstandes des polnischen Volkes gegen die deutsche Okkupation und wendet alle Mittel moderner musealer Präsentation sowie emotionaler Verführung an, um ein politisch erwünschtes Geschichtsbild zu propagieren und zu dogmatisieren. Die Realität des aussichtslosen Kampfes 1944 in den Straßen Warschaus, der zum Gemetzel an der Zivilbevölkerung wurde, wird überhöht durch einen Heldenkult, der eine politische Wahrheit inszeniert, die nicht die historische ist. Es gibt im Museum des Warschauer Aufstands nur Märtyrer und Helden, die, weil sie die moralisch überlegene Seite verkörpern, auf transzendente Weise gesiegt haben, obwohl sie in Wirklichkeit untergegangen sind. Die geschichtspolitische Absicht ist erkennbar und emotional nachvollziehbar, aber sie argumentiert nicht rational, sondern appelliert an patriotische Empfindungen. So wird das Museum – bewusst inszeniert – zur Gedenkstätte, in der das Herz der Nation schlägt, unüberhörbar als rhythmisches Pochen, das nebst anderen martialischen Geräuschen aus einer Blechwand im Zentrum des Museums dringt.

In Ungarn herrscht, regierungsamtlich stimuliert, ein geschichtspolitischer Konsens, der die Opferrolle der Nation als Folge dreier Tragödien definiert, der Tragödie von Trianon, durch die Ungarn 1920 zwei Drittel seines Territoriums und ein Drittel seiner Bevölkerung verlor, der Tragödie von 1944 durch die deutsche Besetzung und der Tragödie von 1945, die das Land bis 1990 unter sowjetische Hegemonie brachte. Solche populistische und populäre Geschichtsbetrachtung negiert alle eigenen Anteile an belasteter Geschichte oder drängt sie nach außen und weist die Beteiligung am Holocaust wie die Kollaboration mit dem Stalinismus abschließlich exogenen Ursachen zu.

Das „Haus des Terrors“ in Budapest ist, wie Brigitte Mihok zeigt, seit Februar 2002 sinnstiftender Ort dieser ungarisch-nationalen Geschichtsauffassung. Als Museum des Schreckens mit der bewusst erzeugten

Aura einer Gedenkstätte ist das Haus zum symbolträchtigen Wallfahrtsort geworden, der als Ausgang und Ziel patriotischer Demonstrationen genutzt wird und „beide Diktaturen“, unter denen Ungarn litt, die faschistische und die kommunistische, als Einheit, als zwei Formen desselben Übels begreift.

Folgerichtig wurde am 23. August 2012 vor dem „Haus des Terrors“ der „Europäische Gedenktag für Opfer totalitärer und autoritärer Regime“ feierlich begangen. Dieser Gedenktag, der mit der schwachen Beweiskraft der Totalitarismustheorie und dem Segen europäischer Politiker, die ahnungslos das Gute erstreben, derzeit installiert wird, nivelliert die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und kommunistischem Terror und marginalisiert damit den Judenmord wie den Genozid an Sinti und Roma. Die Nivellierung bedient Interessen, zu denen die Aufhebung von Opferkonkurrenzen gehört ebenso wie das Bedürfnis von Opfergruppen, wahrgenommen und gewürdigt zu werden. Das ist legitim und könnte dem Frieden in der Gesellschaft dienen. Das Verlangen nach einer bestimmten Wahrnehmung, die den Status in der Opferhierarchie konstituiert, ist aber nicht gegen die historische Realität zu erzwingen. Bei aller schändlichen Willkür und Barbarei war es nicht die Intention sowjetischer Politik, Menschen auszurotten, weil sie bestimmten Ethnien oder Religionsgemeinschaften zugehörten. Der Beweis, dass Freiheitszug im KGB-Gefängnis das Gleiche war wie im nationalsozialistischen KZ, ist weder zu erbringen noch notwendig. Denn jedes individuelle Leid hat – unabhängig von der politischen Intention des Regimes, das es verschuldet – die gleiche Würde und steht für die existenzielle Katastrophe einzelner Menschen auf gleicher Ebene. Der Beweis, dass Hitler das Gleiche gewollt habe wie Stalin, ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Umso heftiger wird politisch agiert.

Geschichtspolitik im internationalen Stil sind die Bestrebungen, einen Gedenktag zu schaffen, der im fröhlichen Eifer des berechnenden Kalküls assistiert wird von Nüchternheit, die einer angemessenen pluralistischen und differenzierten Sicht der Geschichte die Absage erteilt. Juliane Wetzel stellt Genese und Intention der geschichtspolitischen Initiative aus politischem Kalkül in ihrem Beitrag dar: Eine Initiative in den USA lebender Emigranten aus dem Baltikum bewog das Europäische Parlament, den Tag der

Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, den 23. August, als europaweiten Gedenktag zu begehen. Eine internationale Konferenz in Prag, bei der ostmittel- und osteuropäische Historiker, Zeitzeugen und Politiker zusammenwirkten, trug Früchte: Das Europäische Parlament machte sich die Idee eines gemeinsamen Gedenktages zum „Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ zu eigen und verfasste mit grandioser Mehrheit eine Resolution dazu. Schweden beging als erste Nation 2008 den neuen Feiertag. 2009 folgten die baltischen Staaten, Bulgarien schloss sich 2010 an, Kroatien, Polen, Ungarn waren 2011 dabei, Slowenien kam 2012 dazu.

Unbeirrt von den Argumenten renommierter Historiker, Holocaustforscher und Gedenkstätten schreitet die Installierung des Gedenktages, der ausschließlich politischen Interessen dient, voran. Die Vereinigung der Erinnerung an den Judenmord betreibt eine „Plattform of European Memory and Conscience“, die ihren Sitz in Prag hat und sich vom Wohlwollen der Politiker einer bestimmten Richtung nährt, nämlich der militanten Antikommunisten mit rückwärtsgewandtem Blick. Die Gruppierung stützt sich ausschließlich auf Organisationen, die Erinnerungspolitik zum kommunistischen Terror betreiben wie die Gedenkstätte Hohenschönhausen in Berlin oder die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Selbstverständlich ist es legitim und notwendig, sich kommunistischer Gewaltherrschaft zu erinnern und deren Opfer zu würdigen. Es ist aber nicht legitim, auf vereinnahmende Weise der Geschichtsklitterung Vorschub zu leisten.

Das Haus des Terrors in Ungarn und das Museum des Warschauer Aufstands in Polen sind emblematische Orte dieses auf Differenzierung verzichtenden Geschichtsverständnisses, das die Rituale eines kulturellen Gedächtnisses zu schaffen sucht, das schlichte politische Botschaften instrumentalisiert. Die Unterschiede stalinistischen und kommunistischen Terrors zur faschistischen Ideologie und der ihr entwichenen Gewalt sollen aufgehen in einer einzigen Botschaft von menschenfeindlicher Machtausübung im 20. Jahrhundert, die irgendwie die einander entgegengesetzten Ideologien phänomenologisch zusammenführt. Das wird den Opfern bei der Systeme nicht gerecht, soll aber – als wäre das notwendig – die einen gegen die anderen aufwerten und schließlich im Nebel des Diktums vom „Jahrhundert der Gewalt“ vereinen.

1986 hatte der sehr konservative Historiker Ernst Nolte mit Reflexionen über Ursächlichkeit und Wechselwirkung von Kommunismus und Faschismus den Historikerstreit ausgelöst, in dem konservative und linksliberale Positionen aufeinander stießen. Die Behauptung Nolttes, der Bolschewismus sei das Primum des Nationalsozialismus gewesen, der Gulag sei ursprünglich für Auschwitz, rief starke Reaktionen derer hervor, die auf der Einzigartigkeit des NS-Regimes beharrten, weil dessen Politik im Völkermord an sechs Millionen Juden kulminierte. Sie sahen eine unzulässige Relativierung im Vergleich der beiden Gewaltssysteme, wie sie Nolte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung rhetorisch vorgenommen hatte: „War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ das logische und faktische Primum des ‚Rassenmordes‘ der Nationalsozialisten?“ Der Philosoph Jürgen Habermas führte die Schlichtordnung gegen die „Regierungshistoriker“, denen er und Mitstreiter wie Jürgen Kocka apologetische Tendenzen bei der Restaurierung eines konventionellen nationalen Geschichtsbildes vorwarfen. Der Historikerstreit war ein Höhepunkt der geschichtspolitischen Debatten der Kanzler-Ära Kohl, die sich um das Haus der Geschichte in Bonn und um das Deutsche Historische Museum Berlin rankten und die mit dem Zusammenbruch der DDR sowie der Vereinigung von Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik neue Erinnerungszeichen und Narrative suchten.

Die Kontroversen um den historischen und moralischen Ort von Nationalsozialismus und Kommunismus (nunmehr eingeschränkt auf den Staat DDR) im kulturellen Gedächtnis der erweiterten Bundesrepublik lebten wieder auf in den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags und wurden vor Ort ausgetragen in den Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, Sachsenhausen und Buchenwald. Beide waren als Konzentrationslager des NS-Regimes errichtet und ab 1945 als sowjetische „Speziallager“ genutzt worden. Die Opfer der Speziallager kämpften in den 1990er-Jahren um die ihnen jahrzehntelang verweigerte Wahrnehmung ihres Schicksals, traten dabei in Konkurrenz zu den ehemaligen KZ-Gefangenen und beanspruchten die Deutungshoheit über das historische Geschehen. Der legitime Kampf um die Würdigung ihres Leids wurde nicht selten zum Getümmel und führte zu Verletzungen, wenn die emotionale Sicht der Opfer mit der Kompetenz der Historiker in Konflikt geriet. Was wisse er denn schon

von den Zuständen im Lager, musste sich ein renommierter Historiker vorhalten lassen, er habe ja nicht unter Stalins Knute gelitten, habe nicht wie die Gefangenen unter kommunistischer Ideologie persönlich erfahren, was die Haft im Speziallager bedeutet habe. Mit solchem Pochen auf die allein und ausschließlich erkenntnistiftende Wirkung der individuellen Erfahrung von Geschichte ist jede historische Wissenschaft von vorneherein erledigt.

So wird immer dann gegen Wissenschaft, gegen das Bemühen rationaler, kritischer und objektiver Betrachtung durch Experten argumentiert, wenn Deutungsmacht in einer Sache beansprucht wird. So wehren sich z. B. auch Musiker gegen die „Musikologen“, die Musikwissenschaftler und Musikkritiker, die mit theoretischer Fundierung eine Mozart-Symphonie und deren Interpretation analysieren. Der Künstler polemisiert dagegen, weil er das Stück mit Herz und Leidenschaft, Virtuosität und Bravour darbietet. Aber so wenig der akademische Zugang zur Musik des einen mit dem künstlerischen Bemühen des anderen in Konkurrenz steht, so wenig fruchtbar ist der Kampf des Zeitzeugen, der Geschichte erfahren und erlitten hat, gegen den Historiker. Nur zu leicht werden sie einander zu Feinden, wenn individuelle und kollektive Emotionen im Spiel sind, wenn es um die „richtige“ Sicht geht, wenn etwas gegen vermeintlichen Unverstand, gegen vermutete Kältherzigkeit und Bosheit verteidigt wird.

So bot eine bekannte Zeitzeugin, Überlebende von Auschwitz und bekennende Antifaschistin, einem jeden Ohrfeigen an, der es wagen sollte, die Zahl von vier Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz zu bezweifeln. Die auf einer früh errichteten Gedenktafel in Auschwitz publizierte, um das Vierfache überhöhte Zahl wurde, lange nachdem der Irrtum erkannt war, entfernt. Das sah die streitbare Zeitzeugin als Angriff auf das Andenken der Opfer und drohte, den Fall handgreiflich und persönlich zu ahnden.

Die historische und moralische Verortung von Nationalsozialismus und Kommunismus im Kontext deutscher Geschichte ist nicht zu trennen von den Problemen der Interaktion zwischen Historikern und Zeitzeugen. Konsens über den Vorrang nationalsozialistischer Verbrechen vor den Untaten unter der „zweiten Diktatur“ mit Konsequenzen für die Erinnerungsbearbeitung und die Politik des Gedenkens hat es nie gegeben. Immerhin grenzte die Kompromissformel des Historikers Bernd Faulenbach, der Mit-

glied der Enquete-Kommission gewesen war, die Problemfelder ein und beugte, so gut es ging, einer Hierarchisierung der Erinnerung vor: „Die NS-Verbrechen dürfen durch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden. Die stalinistischen Verbrechen dürfen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden.“

Andrew H. Beattie beleuchtet in seinem Beitrag „Ein neuer Historikerstreit?“ die Positionen deutscher Erinnerungs- und Geschichtspolitik, die seit der Wende mit großer Dynamik wirkungsmächtig sind. Carola Rudnick lenkt den Blick auf die Musealisierung der DDR und ihrer Vorgeschichte als Sowjetische Besatzungszone und betrachtet deren politische Implikationen wie deren Ergebnisse. Am Beispiel sächsischer Gedenkstätten untersucht sie in einem zweiten Aufsatz die Auseinandersetzung zwischen Zeitzeugen und Historikern, die Interventionen der Politik und die Folgen in der Erinnerungspolitik. Das negative Lehrstück aus Sachsen wird aus guten Gründen in diesem Band vorgestellt.

In Brandenburg hat die Auseinandersetzung um die angemessene Beteiligung der Opfer an der Konstituierung eines authentischen Erinnerungsorts ihren vorläufigen Höhepunkt in der Eröffnung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam. Im April 2012 wurde unter Beteiligung hochrangiger Politiker nach Auseinandersetzungen in den Medien die Gedenkstätte im Haus des einstigen KGB-Gefängnisses eröffnet. Im Namen derer, denen die Einweihung gewidmet ist, protestierten ehemalige Opfer während der Einweihungszeremonie, nannten das Haus ein KGB-Museum, das den Tätern huldiige und die Opfer missachte, erklärten, sie kämen in der Ausstellung nicht vor und verlangten die Entfernung der Gedenkstättenleiterin. Peter Jochen Winters zeichnet die Ereignisse nach, stellt die Akteure vor und sucht nach den Motiven, die den Streit auslösten und zur Eskalation trieben.

Die Erinnerungen der Opfer sind Quellen und Vermächtnis zugleich. Dessen muss man sich bewusst sein, und deshalb haben in der Konzeption der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Erinnerungen so zentrale Bedeutung wie die Biografen der Häftlinge, die im Keller des Hauses gefangen gehalten und gequält worden sind. Friedrich Klaus hat über die Erfahrung seiner Verhaftung, die Verhöre und die Gefangenschaft, seine Verschleppung nach Moskau, die Verurteilung zu 25 Jahren Straflager, die

Rückkehr 1956 öffentlich Zeugnis abgelegt. Er sprach zur Eröffnung der Gedenkstätte und plädierte für Begegnung und Verständigung: „Es soll kein Hass von dieser Stätte ausgehen. Sie soll ein Ort sein der Begegnung für die Zukunft.“ Seine Erinnerungen, die in den Dank für die Errichtung der Gedenkstätte münden, sind stellvertretend für wohl die Mehrheit ehemaliger Häftlinge der Leistikowstraße in diesem Band publiziert. Auszüge aus dem Bericht von Waldemar Hoeffding sind ebenfalls aufgenommen worden. Anfang 1949 wurden die Erinnerungen in acht Folgen der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht. Es ist der wahrscheinlich am frühesten publizierte Erfahrungsbericht über willkürliche sowjetische Haft im Potsdamer Gefängnis und an anderen Orten. Hoeffding war grundlos unter dem üblichen Spionageverdacht für dreieinhalb Jahre seiner Freiheit beraubt worden.

Im Gespräch zwischen dem Historiker Winfried Meyer, erfahren in Gedenkstättenarbeit und Ausstellungsprojekten, in der Präsentation und Didaktik von Zeitgeschichte, und Roland Brauckmann, der Anfang der 1980er-Jahre 15 Monate lang als politischer Gefangener in DDR-Haft war, werden divergierende Positionen der Zeitzeugenschaft und wissenschaftlicher Kompetenz im Umgang mit einem historischen Sachverhalt erörtert. Gegenstand des Gesprächs ist die im April 2012 eröffnete Dauerausstellung in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße. Die Positionen sind charakterisiert durch das Plädoyer des Zeitzeugen für autonome Emotionalität auf der einen und die des Historikers für die Regelmäßigkeit der Dokumentation und Analyse historischen Geschehens auf der anderen Seite. Deutlich kommt die Sorge des Zeitzeugen zum Ausdruck, er und seine Erfahrung könnten Gegenstand liebloser Wissenschaftlichkeit sein: „Man sollte nicht mit dem kalten Auge des Chirurgen auf die Geschichte blicken.“ Ebenso deutlich ist die Reserve des Historikers gegenüber der Ausschließlichkeit des Deutungsanspruchs derer, die Geschichte erlebt haben und deshalb am besten auch über Zusammenhänge, Hintergründe, Intentionen usw. zu urteilen in der Lage wären.

Drei Beiträge haben den historischen Befund sowjetischer Besatzungsjustiz und ihrer Folgen zum Gegenstand. Auf gründliche Recherche und umfangreiche Quellen gestützt zeichnet Andreas Hilger unter dem Titel „Der Gulag in Deutschland“ ein Bild der sowjetischen Haftstätten

in Deutschland und der Tätigkeit sowjetischer Gerichte auf deutschem Boden. Martin Jander beschreibt Motive und Aktivitäten der „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“. Enrico Heitzer verfolgt Bestrebungen und Wirken der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“. Einerseits geht es um berechnete Opferinteressen und deren offensive Durchsetzung im politischen und medialen Raum, andererseits um eine militante antikommunistische Aktivistengruppe im Kalten Krieg. In beiden Fällen sind frühe Akteure im Streit erst um die Wahrnehmung, dann um die Erinnerung diktatorischer Herrschaft unter sowjetischer Hegemonie thematisiert.

Der Kampf um die Inhalte der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, in dessen Verlauf immerhin die Gedenkstättenleiterin Opfer eines körperlichen Angriffs, verbunden mit Todesdrohungen, durch einen Streiter für die Anliegen der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft wurde, darf nicht weiter eskalieren. Nach dem Besuch der Ausstellung und der Lektüre des von Ines Reich und Maria Schultz verantworteten Begleitbuches „Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam“ ist zu entscheiden, ob wirklich ein so tiefer Graben zwischen der Kompetenz der Historiker, die die Gedenkstätte gestaltet haben, und den Emotionen derer, die Verfolgung unter kommunistischer Diktatur erlitten, besteht. Durch Demonstrationen auf der Straße, Aufruhr in den Medien oder politischen Kompromiss, der Sachkunde Gefühlen nachordnet und Bauernopfer sucht, um zu beschwichtigen, wird dem notwendigen Erinnern und Gedenken nur geschadet.

Die Autoren wollen mit diesem Band einen Beitrag leisten zur Beilegung eines Streits und zum Verständnis der Probleme, die ihm zugrunde liegen. Anliegen ist es, die doppelte Aufgabe der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße zu unterstützen: Information und Aufklärung über ein düsteres Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte zu vermitteln und den Opfern politischer Willkür Gerechtigkeit in „ihrem Haus“ widerfahren zu lassen.